



Kulturausschuss

31. Sitzung (öffentlich)

24. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009), kulturelevante Titel

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Vorlage 14/1966 (Erläuterungsband)

Zuschrift 14/1331

– Einführungsbericht von StS Hans-Heinrich Grosse-
Brockhoff (StK) und Detailberatung

2 Das Schützenbrauchtum verdient unsere Anerkennung und Unterstützung 21

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/7337 – Neudruck

Der Ausschuss nimmt den Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD und Grünen einstimmig an.

3 Freiheits- und Einheitsdenkmal 23

Der Ausschuss erklärt auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden einvernehmlich:

Der Kulturausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen nimmt die Initiative des Deutschen Bundestages und der Deutschen Gesellschaft e. V. zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals mit Interesse zur Kenntnis. Er bittet die Präsidentin des Landtags NRW sicherzustellen, dass entsprechend dem Wunsch im Schreiben des Bundestagspräsidenten vom 21. Juli 2008 an die Präsidentin des Landtags auch der Landtag Nordrhein-Westfalen bei möglichen Veranstaltungen zur Diskussion über ein solches Denkmal mitwirken kann.

4 Weiterentwicklung des Landesarchivs NRW 25

– Sachstandsbericht von StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)

5 Umsetzung des Programms „Jedem Kind ein Instrument“ 26

– Sachstandsbericht von StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)

6 Zukunft der Künstlersozialversicherung 27

– Sachstandsbericht von StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)

7 Verschiedenes**28**

– Mitteilung von Terminen

Der Ausschuss fasst den Beschluss, in der Zeit vom 17. bis 21. Juni 2009 seine Ausschussreise in die Kulturhauptstadt Vilnius durchzuführen.

Für den 13. Februar 2009, 10 Uhr, plant der Ausschuss, am Akademierundgang bei der Kunstakademie Düsseldorf teilzunehmen.

Der Parlamentarische Abend des ChorVerbandes ist für den 3. Dezember 2008 vorgesehen.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009), kulturell-relevante Titel

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Vorlage 14/1966 (Erläuterungsband)

Zuschrift 14/1331

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens leitet die Beratung ein: Am 27. August 2008 habe das Plenum den Gesetzentwurf der Landesregierung zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss und zur Mitberatung an die Fachausschüsse überwiesen.

Er hoffe auf das Einverständnis des Kulturausschusses, die Beratungen auf den Einzelplan 02 zu beschränken, und zwar auf folgende Kapitel:

02 060 – Landesarchiv, Archivwesen,

02 062 – Kulturförderung.

Gegebenenfalls müssten die Fraktionen andere Wünsche äußern. Das könne auch später noch gegenüber dem Ausschusssekretariat erfolgen.

(Seitens der Fraktionen werden zunächst keine anderen Wünsche geäußert.)

Im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss werde am 16. Oktober 2008 eine Anhörung zum Haushaltsgesetz 2009 stattfinden. Zu dieser Anhörung seien auch Sachverständige eingeladen, die zu den kulturell-relevanten Ansätzen Auskunft erstatten, weshalb bei Interesse auch Kulturausschussmitglieder an der Anhörung teilnehmen könnten und sollten.

Am 29. Oktober 2008 finde die abschließende Beratung des Haushalts im Kulturausschuss statt. Änderungsanträge der Fraktionen sollten dem Ausschusssekretariat spätestens am Tag vorher vorliegen. Nur vor der Sitzung schriftlich eingereichte Anträge könnten in der Sitzung beraten werden. Das entspreche dem Verfahren aus den vergangenen Jahren.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) trägt vor:

Ihnen liegen bereits umfangreiche Unterlagen vor. Aber ich möchte doch auf ein paar Schwerpunkte hinweisen.

Die Gesamtsumme der Ausgabenansätze im Kapitel 02 062 – also Kulturförderung, und darauf möchte ich mich jetzt in meinem Vortrag konzentrieren – steigt von 153,6 Millionen € auf 173,2 Millionen €, das heißt, um mehr als 19 Millionen €. Das sieht aus, als wäre das erheblich mehr als die zwanzigprozentige Rate, die

wir jährlich zur Erreichung der hundertprozentigen Erhöhung im Kapitel 02 062 bis zum Ende der Legislaturperiode geplant haben. Aber hier sind auch anteilige Raten, zum Beispiel für die Erweiterung des K20, enthalten. Ich darf Ihnen aber sagen, dass wir – das ist die feste Absicht der Regierung – die 70,6 Millionen € Verdoppelung in diesem Kapitel im nächsten Jahr in der Summe erreichen werden. Wir halten nach wie vor an diesem Ziel fest und sind jetzt wieder einmal einen erheblichen Schritt weiter.

Zu den Erhöhungen im Einzelnen möchte ich nur auf die wichtigsten hinweisen:

Wir möchten den Zuschuss für die Kultursekretariate um 465.000 € erhöhen.

Wir haben mit beiden Kultursekretariaten auch über neue gemeinsam getragene Zielvereinbarungen verhandelt. Hier geht es insbesondere um die Absicherung von Programmen und Projekten, die kulturpolitischer Schwerpunkt unserer Regierung sind.

Wir sind insbesondere im Bereich der internationalen Kulturarbeit mit dem Kultursekretariat Wuppertal in enger Abstimmung. Hier wird das Kultursekretariat Wuppertal künftig neue Koordinierungsfunktionen übernehmen. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass die Kultur Nordrhein-Westfalens im Wesentlichen eine durch die Kommunen und die kommunale Kultur geprägte Kultur ist und eine internationale Kulturpolitik daher auch nur mit den Kommunen gemeinsam gestaltet werden kann.

Beim Kultursekretariat Gütersloh ist es insbesondere die sich sehr erfreulich ergebende und verlaufende engere Zusammenarbeit im Bereich der kulturellen Bildung, Fortbildung, Poolbildung, Internet usw.

Wir arbeiten also mit beiden Kultursekretariaten enger zusammen. Entsprechend erhöht sich der Zuschuss.

Wir haben beim Verwaltungshaushalt für die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen eine Steigerung um 800.000 € vorgesehen, die sich aus dem Umzug und dem Betrieb des Erweiterungsbaus ergeben.

Die Kulturstiftung der Länder hat am Montag ihr zwanzigjähriges Jubiläum gefeiert. Alle Länder sind übereingekommen, den Zuschuss um immerhin einen Betrag von 340.000 € zu erhöhen, was dazu führen wird, dass die Kulturstiftung der Länder künftig nicht nur ihre Aktivitäten in der Provenienzforschung und -forschung verstärken wird, sondern auch wieder in die Ausstellungsförderung einsteigen wird, die seit einigen Jahren ausgeblieben ist, was auch viele nordrhein-westfälische Kulturinstitute, vor allen Dingen der Kommunen, sehr bedauert haben. Ab nächstem Jahr wird es hier dank der mehr Mittel durch die Länder wieder einen entsprechenden Ansatz geben.

Wir steigern auch die Mittel für die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste von 12.000 € auf 38.000 €. Das sei weniger der Summe wegen genannt als der Wichtigkeit des Themas wegen.

Wir haben auch im nächsten Jahr schon zu verspüren, dass das Kulturhauptstadtjahr näherrückt und damit auch unsere Rate an die RUHR.2010 GmbH erheblich

steigt, nämlich von 1,5 Millionen € auf 3,6 Millionen €. Für 2010 sind dann die restlichen 5,9 Millionen € vorgesehen.

Beim K20, Grundsanierung und Erweiterungsbau, Titel 712 00, steigen die Ausgaben um 7,2 Millionen €. 5,2 Millionen € fallen mehr an, weil sie im Rahmen der vorhandenen Beschlusslage jetzt einfach zusätzlich im nächsten Jahr fällig werden. Das ist eine Frage der Fälligkeit. Aber wir haben es bei der Kunstsammlung auch mit Kostensteigerungen von insgesamt 3,8 Millionen € zu tun, die herrühren aus Stahlkostensteigerungen, aus Bauverzögerungen, aus zusätzlichen Kosten im Bereich der Archäologie und normalen sonstigen Baukostensteigerungen. Es handelt sich um 3,8 Millionen €, wobei ich mit dem Finanzminister erreichen konnte, dass davon nur 50 % auf den Aufwuchs im Kulturförderetat angerechnet werden und die andere Hälfte zusätzlich in den Etat hineinkommt. Wir haben 1,5 Millionen € für den Erwerb von Mobiliar und anderen beweglichen Sachen für die Einrichtung der Kunstsammlung vorgesehen.

Der Etat für Musikpflege und Musikerziehung, Titelgruppe 60, steigt von 19,9 Millionen € auf 23,7 Millionen €, das heißt, um 3,7 Millionen €, was ich auch für eine sehr erfreuliche Entwicklung halte.

180.000 € gehen dabei in die Förderung von Orchestern, bei denen ein besonderer Schwerpunkt im Bereich Kinder und Jugendliche gebildet wird. Sie wissen, dass wir zusätzliche Zuschüsse von entsprechenden Aktivitäten der kulturellen Bildung abhängig machen.

Bei den Musikschulen haben wir 190.000 € mehr vorgesehen für innovative Projekte der Musikerziehung von Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel auch für Projekte des Singens, die wir zu einem späteren Zeitpunkt mit dem Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ zusammenführen wollen.

100.000 € gehen in die Stärkung und Profilierung von kommunalen Festivals mit überregionaler Ausstrahlung.

Der überwiegende Teil geht in das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“, das planmäßig verläuft. Der Aufwuchs hier ist auch dadurch verstärkt, dass wir entschieden haben – ich habe das hier bereits vor einigen Sitzungen vorgetragen –, das im ersten Grundschuljahr kostenfrei zu machen, sodass wir wirklich in jeder Grundschule und in jeder Klasse alle Kinder erreichen. Innerhalb des Unterrichts praktizieren wir ein Tandemverfahren. Anschließend haben alle Kinder die Chance, ein Instrument auszuwählen.

Wir fördern die nordrhein-westfälischen Landesorchester mit noch einmal zusätzlichen 315.000 €.

Wir haben im Übrigen für die Projektförderung freier Ensembles 180.000 € zusätzlich vorgesehen, um qualitätsvolle Projekte noch mehr als bisher fördern zu können.

Landesmusikakademie, Landesmusikrat und Beethoven-Haus verzeichnen ebenfalls leichte Steigerungen.

Für nicht kommunale Musikfeste wollen wir einen zusätzlichen Betrag von 100.000 € in die Hand nehmen.

Meine Damen und Herren, auf den ersten Blick sieht es so aus, als würden wir die Theaterförderung absenken. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben hier nominal 848.000 € weniger im Haushalt. Aber dadurch, dass die Sanierung des Düsseldorfer Schauspielhauses im Bereich Ober- und Untermaschinerie in den vergangenen Jahren ebenfalls aus dieser Position finanziert worden ist und diese jetzt abgeschlossen ist und hierauf allein im letzten Jahr 2,78 Millionen € entfielen, haben wir jetzt hier in Wahrheit zusätzliche Mittel in Höhe von fast 2 Millionen €, genau 1,940 Millionen €, für die Förderung von Theatern, davon 640.000 € im Bereich der kommunalen Theater, hiervon wieder 140.000 € speziell für die kommunalen Kinder- und Jugendtheater und 200.000 € für besonders herausgehobene Projekte kommunaler Bühnen im Erwachsenenbereich. Die Landestheater verzeichnen ein Wachstum von 300.000 € zusätzlich und die Privattheater von 600.000 €, worin insbesondere auch Mittel für ein von uns neu entwickeltes Förderkonzept Tanz in Höhe von 320.000 € enthalten sind. Dieses Konzept werden wir Ihnen bis Jahresende im Ausschuss vorstellen können. Im Moment arbeiten wir daran.

Beim Schauspielhaus beträgt das Wachstum 400.000 €. Es entfallen aber die Sanierungskosten für Untermaschinerie und Obermaschinerie. Die weitere noch anstehende Asbestsanierung im Schauspielhaus ist für 2010 geplant. Die hierfür im Haushaltsplanentwurf eingeplanten Verpflichtungsermächtigungen werden hierzu auch reichen.

Ich darf sagen, dass es auch hier inzwischen erheblich günstigere Kosten gibt, als sie ursprünglich im Raume standen, sodass wir im Moment mit der Stadt Düsseldorf auch darüber reden, weil im Aufsichtsrat inzwischen auch kostengünstigere Projektionen vorliegen, dass wir auch das leidige Akustikproblem planen, in einem Zuge mit anzugehen. Wie das gestaltet wird, das wird im Moment noch in Alternativen untersucht.

Die Ausgaben für Aufgaben nach § 96 Bundesvertriebenengesetz steigen ebenfalls noch einmal leicht an, ebenso die Position Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche.

Bei der Bibliotheksförderung haben wir vor allen Dingen zu nennen – außer einer leichten Steigerung im allgemeinen Bereich des Bibliothekswesens –, dass ein Betrag von 500.000 € für die Erfüllung der Aufgaben der Universitäts- und Landesbibliotheken Bonn, Düsseldorf und Münster zur Verfügung gestellt werden soll. Sie wissen – darüber wurde auch schon in früheren Legislaturperioden wiederholt diskutiert –: Wir haben klare Anforderungen der Bibliotheken vorliegen. Wir verhandeln im Moment mit ihnen und wollen – ohne jetzt den Ergebnissen der Verhandlungen vorgreifen zu wollen – jedenfalls im nächsten Jahr einen zusätzlichen Betrag von 500.000 € zur Verfügung stellen, um hier auch ein klares Zeichen zu setzen: Ja, wir denken auch hier an einen Aufwuchs.

Bei der Förderung von Zwecken der bildenden Kunst sieht es zunächst so aus, als würde sich haushaltsmäßig eine Ermäßigung ergeben. Wir haben rein nominal ei-

ne Absenkung von 6,3 Millionen € auf 3,47 Millionen €. Das liegt aber daran, dass wir inzwischen die Museumsbaumittel in eine neue Titelgruppe 91 überführt haben und alleine diese hier im letzten Jahr zur Verfügung gestellten Mittel von 4 Millionen € abzuziehen sind, wenn man den genauen Vergleich herstellen will, sodass wir es in Wahrheit mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 1,147 Millionen € zu tun haben.

Diese Mittel sollen für Projekte im Zusammenhang mit Kunst im und am öffentlichen Raum sowie zur Steigerung der Ankaufoförderung von Werken der bildenden Kunst, also insbesondere der Förderung von Ankäufen der Museen, zur Verfügung gestellt werden und auch für das Zustandekommen des Internationalen Symposiums of Electronic Arts (ISEA) im Jahr 2010. Hier ist schon eine Anfinanzierung im Vorjahr erforderlich. Das ist eine sehr erfreuliche Tatsache, dass es gelungen ist, diesen internationalen Kongress – Symposium ist leicht untertrieben – nach Nordrhein-Westfalen zu holen.

Wir haben ferner hervorzuheben, dass diesmal die Kunststiftung ja durch den Haushalt hindurchläuft mit einer leichten Steigerung von 177.000 €, sowohl in den Einnahmen als auch in den Ausgaben. Sie wissen, dass es da zu einer Verfahrensumstellung gekommen ist.

Im Bereich Kultur und Kreative Ökonomie wachsen die Mittel von 1,1 Millionen € auf 1,9 Millionen € an. Insbesondere planen wir, ein Förderprogramm zu entwickeln, um Umbaumaßnahmen auf industriellen und sonstigen brachliegenden Flächen für Künstlerinnen und Künstler zu erzielen. Ein solches Programm ist im Moment bei uns in Arbeit. Auch hierzu werden wir zu gegebener Zeit auf Sie zukommen.

Die Mittel für die Förderung literarischer Zwecke steigen von 750.000 € auf 1.025.000 € an. Davon entfallen 175.000 € auf das Projekt „Wege durch das Land“. Die Mittel der Literaturbüros werden auch leicht erhöht. Es gibt für literarische Projekte im Bereich der kulturellen Bildung zusätzliche 55.000 €, also für Lesungen an Schulen usw.

Beim internationalen Kulturaustausch sinkt in der Tat auch realiter im nächsten Jahr der Etat ab, insofern als er in diesem Jahr mit 4,364 Millionen € extrem hoch ist. Angesichts des NRW-Frankreich-Jahres ist in der Titelgruppe 90 der Ansatz besonders hoch. Deswegen werden wir es hier, auch wenn wir im nächsten Jahr im Bereich der Szeneprogramme weitere internationale Programme auflegen werden, mit einer Absenkung auf 3,3 Millionen € zu tun haben. Wir hatten ja von Anfang an nie vor, das jedes Jahr in einer solchen Dimension stattfinden zu lassen, was aber nicht ausschließt, dass wir künftig projektbezogen auf ähnliche Dimensionen zurückkommen.

Bei den Kulturbauten, die jetzt als Titelgruppe 91 eine eigene Titelgruppennummer haben, müssen wir sehen, dass wir 2008 4 Millionen € hatten. Im nächsten Jahr werden es immerhin 7,7 Millionen € sein. Sie sehen, dass es doch offensichtlich auch im kommunalen Bereich immer noch erhebliche Projekte gibt. Ich darf insoweit auch auf die Erläuterungen in Ihren Unterlagen verweisen.

Abschließend möchte ich darauf zu sprechen kommen, dass die Titelgruppe 97, Regionale Kulturförderung, bei der wir schon eine erhebliche Aufstockung der E-tats weit über 50 % hinaus vorgenommen haben, noch einmal um 300.000 € ansteigt, um den zehn Kulturregionen des Landes vor allen Dingen auch die Möglichkeit zu geben, mit ihren Büros erheblich mehr Kraftanstrengungen zu unternehmen. Auch hierzu habe ich bei früherer Gelegenheit vorgetragen.

Wir wollen aus dieser Position heraus auch das ChorWerk Ruhr mit weiteren zusätzlichen 60.000 € bezuschussen, weil wir der Meinung sind, dass das ChorWerk Ruhr – auch unter der neuen Leitung – wirklich eine ganz hervorragende Arbeit leistet. Aus dem Etat der RuhrTriennale wird eine Zusammenarbeit mit der RuhrTriennale finanziert. Auch um mit Herrn Huber weiterhin einen wirklich exzellenten Leiter zu haben, sind wir hier zu einer Vereinbarung über zusätzliche 60.000 € im nächsten Jahr gekommen.

Das waren die wesentlichen Schwerpunkte. Im Übrigen verweise ich auf die umfangreichen Unterlagen.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens stellt fest, die erfreuliche Entwicklung im Kulturhaushalt setze sich fort.

Er empfehle zur Verfahrensvereinfachung, sich bei der Diskussion am Erläuterungsband zu orientieren, den er für sehr übersichtlich halte.

Haushaltsrelevante Fragen zu den Themen JeKi und Landesarchiv NRW rate er, unter den Tagesordnungspunkten 4 und 5 mit zu behandeln.

Monika Brunert-Jetter (CDU) erwartet eine fröhliche Diskussion, weil der Kulturhaushalt zu den wenigen Bereichen des Landeshaushalts gehöre, die in dieser sehr schwierigen finanziellen Lage des Landes NRW Aufwüchse verzeichnen könnten. In anderen Ausschüssen gestalte sich die Diskussion sicherlich deutlich schwieriger.

Ihre Fraktion sei sehr froh darüber, dass sich die Kontinuität in der kulturellen Bildung auch in diesem Haushalt fortsetze, Stichworte JeKi und Leseförderung. Trotzdem würden auch neue Ideen und Projekte aufgegriffen.

An der einen oder anderen Stelle habe ihre Fraktion noch Diskussionsbedarf und werde eventuell noch Änderungsanträge einbringen.

Elisabeth Koschorreck (SPD) begrüßt einerseits den Aufwuchs im Kulturhaushalt des Landes, mahnt andererseits aber, die nach wie vor schwierige Situation der Kommunen bei ihrer Kulturarbeit nicht zu übersehen.

Oliver Keymis (GRÜNE) freut sich ebenfalls über den Aufwuchs im Kulturhaushalt, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Meldungen über bundesweit stagnierende Kulturausgaben. Er halte es für ein gutes Zeichen, dass NRW diesem Trend nicht folge, sondern der angekündigte Aufwuchs stattfinde.

Allerdings teilten seine Fraktionskollegen diese Freude über diesen Aufwuchs nicht uneingeschränkt. Das erlebten die anderen Kulturausschussmitglieder vermutlich in ihren Fraktionen ähnlich. Insofern sei es gut, den eigenen Fraktionskollegen auch das eine oder andere erklären zu können, weshalb er darum bitte, auf seine folgenden Anliegen einzugehen:

Zur Titelgruppe 74, Kultur und Kreative Ökonomie, rege er an, dass sich der Ausschuss für eine seiner nächsten Sitzungen vornehme, das Binnenverhältnis zwischen Wirtschaftsministerium und Kulturabteilung der Staatskanzlei zu beleuchten. Ihn interessiere, wie koordiniert die Arbeit zwischen beiden stattdfinde. Unter Konkurrenzen könne ja auch die Effizienz leiden.

Der Haushaltsentwurf sehe etwa in Titel 683 74 Zuschüsse an private Unternehmen in Höhe von 600.000 € vor. Es handele sich zwar nicht um eine riesige Summe, aber so mancher wünsche sich sicher, einen Teil davon zu erhalten. Zur Titelgruppe 74 würden zwar viele Erläuterungen abgegeben, aber die Formulierungen blieben nach seinem Eindruck alle etwas schwammig. Er wolle gern thematisieren, was genau sich hinter dieser Titelgruppe verberge. Einige verstünden Computerspiele ja als zu förderndes Kulturgut. Grundsätzlich unterstütze er den Ansatz, die kreative Kulturwirtschaft zu betrachten, aber versehen mit diesen Fragezeichen.

Bei den Ausgaben für Kulturmarketing, Titelgruppe 90, finde ein Aufwuchs um ca. 170.000 € auf 900.000 € statt. Ihm sei klar, dass das mit der RUHR.2010 zusammenhänge. Er halte es aber für wichtig, gut begründen und zeigen zu können, was sich im Einzelnen dahinter verberge. Denn bei der RUHR.2010 bestehe eine gewisse Tendenz, bestimmte Projekte besonders außenwirksam herauszustellen, beispielsweise die Autobahnsperrung am 18. Juli 2010. Vor dem Hintergrund stelle sich die Frage, warum jetzt noch eine runde Million Euro landesseitig hinzukomme. Er bitte um Auskunft, was sich im Detail dahinter verberge. Möglicherweise habe das ja auch etwas mit dem Kulturserver zu tun.

Das Problem der HSK-Kommunen im Zusammenhang mit der Kulturhauptstadt 2010 sei nach wie vor ungelöst. Er bitte um Darstellung des aktuellen Stands zwischen Staatskanzlei und Finanzministerium. Der Innenminister spiele in der Diskussion auch eine gewisse Rolle.

Er sehe hier auch die Notwendigkeit, dass die Kulturleute über alle Fraktionen hinweg ihre Möglichkeiten nutzten, diese Diskussion zu verstärken. Er befürchte, dass die Kommunen in arge Bedrängnis gerieten, wenn diese Problematik nicht mindestens für ein Zeitfenster aufgelöst werde. Den damaligen Antrag der SPD habe seine Fraktion deshalb auch gern unterstützt.

Seine letzte Frage an die Landesregierung beziehe sich auf die Oddset-Mittel. Im Kuratorium des Chorverbandes habe sich eine Diskussion und Unsicherheit um die Frage ergeben, ob gewährleistet sei, dass, wenn diese Mittel unter den im Haushalt veranschlagten Satz rutschten, der im Haushalt verbindlich zugesagte Fördersatz erhalten bleibe. Frau Nell-Paul, Herr Dr. Behrens als Vorsitzender des Kuratoriums und er, Keymis, hätten sich gemeinsam vorgenommen, das im Kulturausschuss anzusprechen.

Auch ihre Fraktion nehme die Entwicklungen im Kulturetat, die sie ja auch mit zugesagt habe, positiv zur Kenntnis, so **Angela Freimuth (FDP)**. Sie begrüße, dass die Landesregierung den gemeinsamen politischen Willen umsetze.

Die Beantwortung der gestellten Fragen liege auch in ihrem Interesse.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens fragt anknüpfend an den Beitrag von Herrn Keymis, wie Herr Grosse-Brockhoff die Lage hinsichtlich der Oddset-Mittel einschätze.

Herr Grosse-Brockhoff habe sich in seinem einführenden Vortrag nämlich auch versprochen. Zur Titelgruppe 72 habe Herr Grosse-Brockhoff ausgeführt, bei der Kunststiftung des Landes gebe es ein Mehr in Höhe von 177.000 €. Tatsächlich handele es sich aber um ein Weniger. Die Begründung dafür stehe in den Erläuterungen auf Seite 82:

„Die Veränderung des Ansatzes ergibt sich aufgrund geringerer prognostizierter Einnahmen aus den Sportwettenerträgen.“

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) bittet um Entschuldigung, bedankt sich für die Korrektur und fügt hinzu, es gebe aber immer noch mehr als im Bezugsjahr 2007.

Der **Ausschussvorsitzende** fährt zu der von Herrn Keymis angesprochenen Frage aus der Kuratoriumssitzung des Chorverbandes fort, bei der Musikförderung sei insgesamt ein deutlicher Aufwuchs feststellbar. Seine Frage laute jetzt, ob sich die Laienmusik – er denke auch an das Singen – auf die Aussage verlassen könne, dass es keine Kürzungen gebe, sondern eine Absicherung der Etatisierung der Ansätze in diesem Jahr und in den nächsten Jahren.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) antwortet, im juristischen Sinne gebe es keine Absicherung, aber schon im politischen Sinne.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens wirft ein, etwas anderes werde nicht erbeten.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) legt dazu weiter dar, diese Frage werde sich erst dann stellen, wenn die Mittel die Mittel im Bezugsjahr 2007 unterschritten. Eine Absicherung im Sinne eines Vermerks im Haushalt gebe es nicht. Diese Diskussion könne seines Erachtens aber relativ gelassen abgewartet werden und sei auch erst dann zu führen, wenn es so weit sei.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens sieht das im Ergebnis ähnlich. Stutzig habe ihn aber die Absenkung der Mittel bei der Kunststiftung gemacht, die ja mit Mindereinnahmen bei den Sportwetten begründet werde.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) bestätigt, es seien Mindereinnahmen zu verteilen. Nach der im Zuge der letzten Haushaltsberatungen neu gefundenen Verteilungsspielregel berechne sich diese Absenkung. Damit liege man aber immer noch über der Bezugsgröße. Aber man befinde sich kurz vor dieser Bezugsgröße.

Oliver Keymis (GRÜNE) fragt nach, ob es also sozusagen keinen garantierten Defizitausgleich gebe, wenn ein zugesagter Betrag unterschritten werde.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) antwortet, den gebe es so nicht.

Oliver Keymis (GRÜNE) meint, damit verbinde sich ja auch eine gewisse Planungssicherheit für Projekte. Das müsse dann auch offen kommuniziert werden, damit sich die Organisatoren in der Laienmusik bei der Planung ihrer Projekte darauf einstellen könnten und keine Irritationen zurückblieben.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) greift die Anregung von Herrn Keymis gerne auf, das Themenfeld Kreative Ökonomie, Kulturwirtschaft, Zusammenarbeit mit dem Ministerium von Frau Thoben usw. in einer der nächsten Sitzungen gründlicher zu behandeln.

Zu den HSK-Kommunen: Das Kabinett habe hierüber diskutiert und den Auftrag erteilt, eine Lösung zu finden. Die sei im Moment sehr konkret innerhalb der Landesregierung in der Diskussion und in Bearbeitung. Aber er könne noch kein Ergebnis verkünden.

Elisabeth Koschorreck (SPD) hofft doch wenigstens auf die Auskunft, wann die Kommunen mit einer Entscheidung dazu rechnen könnten.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) versichert, im Rahmen der Haushaltsberatungen müsse die Entscheidung fallen. Denn selbstverständlich könne ein Kulturhauptstadtjahr nicht erst im Jahr seines Stattfindens finanziert werden. Alle Beteiligten müssten schon für 2009 Planungssicherheit haben.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens merkt an, die Räte bräuchten ja auch Grundlagen für ihre Entscheidungen über Projektbeteiligungen. Das bedürfe eines gewissen zeitlichen Vorlaufs. Die Zeit werde langsam knapp.

Bei Titel 685 30, Stiftung Museum Schloss Moyland – im Erläuterungsband auf Seite 58 –, ändere sich der Ansatz von 2008 auf 2009 nicht, stellt **Elisabeth Koschorreck (SPD)** fest. Sie bitte um Auskunft, ob die Unstimmigkeiten mit der Stifterfamilie ausgeräumt seien.

Auf Seite 76 des Erläuterungsbandes bei Titelgruppe 65, Substanzerhalt von Kulturgütern, verstehe sie den letzten Satz nicht und bitte dazu um Erläuterung. Der Satz laute:

„Die Reduzierung des Ansatzes ist nach Anschub der notwendigen spartenbezogenen Teilprojekte möglich.“

Zu Titelgruppe 66, Kulturelle Integration, Seite 77 im Erläuterungsband, wundere sich ihre Fraktion, dass dieser wichtige Ansatz – das Thema beschäftige verschiedene Ausschüsse, beispielsweise auch den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration – 2009 keinen Aufwuchs erfahre. Sie wolle gern die Gründe dafür wissen.

Nach seiner Erinnerung, führt **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** aus, habe sich der Ansatz für Kulturelle Integration im letzten Haushalt mehr als verdoppelt. Wenn er sich richtig erinnere, habe der Ansatz 2007 bei 180.000 € gelegen. 2008 sei er auf 500.000 € erhöht worden. Das müsse erst einmal abgearbeitet und verkräftet werden. Er wolle da für die Zukunft auch keineswegs Steigerungsraten ausschließen.

Im Übrigen verweise er darauf, dass es auch viele andere Bereiche gebe, in denen kulturelle Integrationsarbeit besonders gefördert werde, insbesondere auch schon von der Kulturhauptstadt GmbH im Hinblick auf die Kulturhauptstadt. Schon 2009, im Vorjahr, würden erhebliche Mittel, unter anderem vom Land, in TWINS-Projekte, MELEZ-Projekte usw. fließen. Nordrhein-Westfalen erlebe in diesem Bereich zurzeit doch insgesamt einen kräftigen Aufwuchs.

Zu Moyland: Das Kuratorium agiere wieder auf einer arbeitsfähigen Grundlage. Er wolle nicht behaupten, dass damit alle Probleme für immer aus dem Weg geräumt seien, aber es gebe jetzt doch eine Basis, auf der weitergearbeitet werde. Zurzeit stehe auch eine Personalentscheidung für die Leitung in Vorbereitung. Das sei noch nicht entschieden, aber das Verfahren laufe.

Der Ansatz für Moyland steige insofern, als für 2008 der Regelzuschuss 2,3 Millionen € betrage und 200.000 € seitens des Landes dafür bestimmt worden seien, die dringend notwendigen Inventarisierungsarbeiten vorzunehmen. Er stelle sich aber vor, dass im nächsten Jahr der Regelzuschuss dann 2,5 Millionen € betragen werde.

MDgt Peter Landmann (StK) erläutert, mit dem von Frau Koschorreck zitierten Satz auf Seite 76 des Erläuterungsbandes solle zum Ausdruck gebracht werden, dass das, was hier veranschlagt sei, obwohl es eine gewisse Reduzierung vorsehe, bedarfsgerecht sei. Es müsse keine Kürzung stattfinden. Diese Mittel reichten aus, um das Angestoßene vernünftig fortführen zu können und zusätzliche Maßnahmen ergreifen zu können. Viele dieser Projekte hätten in der Anschubphase vor allem auch technische Kosten, die nur zu Anfang einmal anfielen. Dann werde ein Projekt mit diesen Mitteln weiter fortgeführt und sei im weiteren Verlauf billiger. Das gelte beispielsweise bei der Filmarchivierung, der Restaurierung oder für Aktenentsäuerung usw. Manche Kosten entstünden nur in der Anfangsphase. Danach könne das Projekt auch mit weniger Mitteln voll weitergeführt werden.

Dr. Gero Karthaus (SPD) stellt Fragen zur Titelgruppe 67, Förderung des Bibliothekswesens, Erläuterungsband Seite 78: Die knapp 2,4 Millionen € Landesmittel für

Bibliotheken in kommunaler und anderer Trägerschaft seien um den Anteil für die Lippische Landesbibliothek zu reduzieren. Ihn interessiere, auf wie viele Bibliotheken sich diese Summe dann aufgliedere. Diese Zahl könne gern nachgereicht werden.

Er begrüße die Schwerpunktsetzung bei der frühkindlichen Sprachförderung vor allem von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund. Wenn 50.000 € auf eine Vielzahl infrage kommender Bibliotheken aufgeteilt würden, ergebe sich für die einzelne Bibliothek nur ein Betrag von wenigen Hundert Euro. Das halte er für deutlich zu wenig. Er wolle gern wissen, ob das Familienministerium auch über einen Topf verfüge, der das bediene, oder ob dies wirklich der einzige Ansatz zur Unterstützung der Bibliotheken in dieser Aufgabe sei.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) informiert darüber, dass mit dem Ministerium von Herrn Laschet Gespräche liefen und eine Zusammenarbeit bezogen auf die frühkindliche Leseförderung statfinde. Dabei gehe es auch darum, modellhaft Projekte durchzuführen, die bereits ganz früh nach der Geburt ansetzten. Im Kindergarten fänden solche Projekte erst recht statt. Für den Schulbereich, auch den Grundschulbereich, liege die Kompetenz ganz wesentlich bei der Kulturabteilung.

Ohnehin bestehe die Absicht – deswegen wachse der Etat an dieser Stelle auch nicht an –, erst einmal aufgrund eines Antrages der Fraktionen eine Bestandsaufnahme der Stärken und Defizite vorzunehmen und eine Konzeption zu entwickeln. Das umfasse auch die Frage, wie das Bibliothekswesen in Nordrhein-Westfalen noch besser gefördert werden könne als bisher. Sicherlich gebe es da große Nachholbedarfe. Da mache sich auch bemerkbar, dass die Kommunen nicht mehr in der Lage seien, ausreichend in das Bibliothekswesen zu investieren. Zunächst müsse aber das Konzept erarbeitet werden. Dann würden Mittel vorgesehen. Er schließe nicht aus, dass, wenn im Laufe des Jahres 2009 wesentliche Fortschritte erzielt würden, vielleicht auch schon im Jahr 2009 ein paar Mittel umgestellt würden. Darüber sollte aber erst diskutiert werden, wenn ein Konzept vorliege. Dieses Konzept sei in Arbeit. Diese Erarbeitung brauche ihre Zeit.

Das Land gebe ja nicht pauschal jeder Bibliothek einen Zuschuss, auch nicht den kommunalen Bibliotheken, schon gar nicht den kirchlichen oder sonst frei gemeinnützigen Bibliotheken. Die Förderung erfolge immer ganz gezielt, für Neueinrichtungen, für Projekte der Leseförderung usw. Das könne dem Ausschuss gern einmal dargestellt werden.

MDgt Peter Landmann (StK) beantwortet die Frage, auf wie viele Bibliotheken sich die Summe aufteile: Etwa 320 Bibliotheken kämen dafür infrage. Das Geld fließe in ungefähr 100 Projekte. Etwa 100 konkrete Förderanträge würden bewilligt. Jede dritte Bibliothek stelle einen Antrag.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) merkt an, wenn man das umrechne, handele es sich also doch offensichtlich um größere Projekte.

Dr. Gero Karthaus (SPD) bittet darum, in der zugesagten Darstellung auch auf die Situation der HSK-Kommunen einzugehen, die die Bibliotheken, weil sie sie nicht mehr hätten finanzieren können, oft in Trägervereine usw. ausgegliedert hätten. Ihn interessiere, wie gerade dort, wo sie dringend nötig wäre, eine Förderung noch funktionieren könne, wenn der kommunale Eigenanteil nicht aufgebracht werden könne bzw. von der Bezirksregierung nicht mehr erlaubt werde.

Diese letzte Frage sollte in die Bestandsaufnahme einfließen, die im nächsten Jahr vorgelegt werden könne, so **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**.

Monika Brunert-Jetter (CDU) erinnert daran, dass die Fraktionen von CDU und FDP zum Haushalt 2008 ganz konkret eine Erhöhung dieses Titels beantragt hätten. Von 2007 auf 2008 habe also bereits eine Erhöhung dieses Titels um 200.000 € stattgefunden. Jetzt kämen weitere 50.000 € hinzu.

Dieses Geld werde – wie gerade richtig beschrieben – nicht mit der Gießkanne über das Land ausgeschüttet, sondern werde gezielt für Projekte eingesetzt. Die Erhöhung um 200.000 € habe 2008 schon einiges bewegt, auch wenn es sich für die Arbeit vor Ort nur um kleine Summen handle. Insofern halte sie die Tatsache, dass jetzt nur eine Steigerung um 50.000 € stattfinde, im Ergebnis vor Ort für nicht so dramatisch.

Sie erinnere darüber hinaus an den Antrag der Koalitionsfraktionen zum Bibliothekswesen. Nach der Analyse der Bibliothekslandschaft werde die Diskussion neu aufgenommen.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens äußert, Herr Grosse-Brockhoff habe zu Moyland gerade gesagt, dass zurzeit eine Personalentscheidung für die Leitung in Vorbereitung stehe. Ihn interessiere, ob Herr Grosse-Brockhoff eine ähnliche Aussage auch für die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen treffen könne. – **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** bejaht dies.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens spricht an, dass Herr Pleitgen und andere beklagten, die bisherige Ausstattung für die Kulturhauptstadt reiche nicht, und es müsse mehr Geld aufgetrieben werden. Von dritter Seite sollten noch Sponsorengelder akquiriert werden. Er bitte um Auskunft, ob das bereits in der erwarteten Höhe gelungen sei, ob der Bund weitere Finanzierungen über die bisher kalkulierten hinaus zugesagt habe und ob es Überlegungen innerhalb der Landesregierung gebe, bei ihrem Stand der Zusagen zu bleiben oder noch etwas draufzulegen.

Zunächst sei positiv festzustellen, so **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**, dass der Bund den von ihm ursprünglich signalisierten Zuschuss aufgestockt habe. Zwischen Kulturhauptstadt und Bundespolitikern liefen weitere Gespräche. Er wünsche diesen Gesprächen den höchstmöglichen Erfolg, wolle aber jetzt ungern etwas über die Aussichten sagen, weil er das auch zu wenig beurteilen könne.

An Sponsorenmitteln sei bereits einiges zusammengekommen. Man habe dazu auch gerade einen Bericht im Aufsichtsrat bekommen. Aber bei dem jetzt zugrunde gelegten Budget müsse noch eine beachtliche Summe eingeworben werden. Im Aufsichtsrat sei das aber als „packbar“ bezeichnet worden.

Natürlich sei das immer noch eine relativ geringe Finanzierung. Die ursprüngliche Vision, für 48 Millionen € eine ganze Region zur Kulturhauptstadt machen zu können, sei eine Illusion gewesen. Diese Annahme, mit 48 Millionen € insgesamt auszukommen, liege etwa fünf oder sechs Jahre zurück.

Er lasse zurzeit auflisten, was allein die Landesregierung aus Anlass der Kulturhauptstadt über ihren Anteil an der Kulturhauptstadt GmbH hinaus leiste. Dies sei ein vielfacher Betrag dessen, was unmittelbar in die Kulturhauptstadt fließe. Es gebe aber jede Menge Projekte, in die in Abstimmung mit der Kulturhauptstadt GmbH auch zusätzliche Landesmittel, teilweise übrigens auch zusätzliche Bundesmittel, liefen.

Von der EU erhoffe er sich auch noch eine Steigerung. Er hoffe auf erheblich mehr seitens der EU als die ursprünglich ins Auge gefassten 0,5 Millionen €. Das sei seines Wissens auf dem Wege.

Das Ganze bedürfe noch einer gewaltigen Kraftanstrengung. Dafür würden noch viel Mittel benötigt. Ziel sei, aus einer ganzen Region eine Kulturhauptstadt zu machen. Die aktuellen und vergangenen Kulturhauptstädte hätten als einzelne Städte schon höhere Beträge als 48 Millionen € zur Verfügung gehabt, auch nachher im Ergebnis. Hier gehe es jetzt um 53 Städte.

Abgesehen von der Situation der HSK-Kommunen, die es schwer hätten, ihren Eigenanteil zu leisten – da müsse aber auch differenziert werden –, könne der Landesregierung und dem Land NRW aber wirklich nicht vorgeworfen werden, zu wenig zu tun. Das Land könne sich mit seinen Leistungen sehen lassen. Er könne dem Ausschuss die entsprechende Liste gern zur Kenntnis geben, wenn sie vorliege.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens nimmt dieses Angebot an den Ausschuss gern an.

Das Hauptproblem der nächsten Zeit werde die Situation der HSK-Kommunen sein. Für diese Kommunen müsse eine Lösung gefunden werden.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) bestätigt, das sei unbestreitbar.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens befürchtet, dass andernfalls vor Ort verständlicherweise die Motivation zum Mitmachen nachlasse. In dem Wissen, sich in allen anderen Bereichen nichts leisten zu dürfen, sei die Motivation, für Projekte der Kulturhauptstadt Geld in die Hand zu nehmen, eher gering. Bei der Kulturhauptstadt komme die Kommune mit ihrem Projekt ja auch nur einmal an 365 Tagen vor. Er halte es für dringend nötig, da politische Entscheidungen zu treffen. Das sei höchste Zeit.

Oliver Keymis (GRÜNE) geht davon aus, dass mit der Programmvorstellung Mitte Oktober eine breite Debatte darüber ausgelöst werde. Auf der einen Seite stünden

die großen marketingwirksamen Projekte, die Leuchttürme, bei denen viele Leute zu Recht infrage stellten, ob sie überhaupt Kultur seien. Auf der anderen Seite stünden die Projekte der vielen Aktiven in der Laienkultur, die bei diesen engen finanziellen Bedingungen voraussichtlich leider nicht verwirklicht werden könnten. Die Argumentation und Aufbruchstimmung der Bewerbungsphase drohten zu verfliegen, weil die Anstrengungen materiell nicht in der notwendigen Weise unterfüttert würden.

Die Stadt Linz mit rund 200.000 Einwohnern verfüge seines Wissens über etwa 60 Millionen € für ihr Kulturhauptstadtjahr. Das sei in der Relation zu 53 Kommunen mit rund 6 Millionen Einwohnern nicht nachvollziehbar zu erklären.

Das sage er bei allem Wohlwollen den großen Anstrengungen der Landesregierung gegenüber, einschließlich der sozusagen verdeckt fließenden Mittel. Eine entsprechende Auflistung dieser Mittel hielte er für sehr interessant und wichtig.

Herr Grosse-Brockhoff habe gerade gesagt, dazu wolle er sich nicht näher einlassen. Er ermutige den Kulturministerpräsidenten und den Kulturstaatssekretär aber, sich stärker in diese Debatte einzubringen und gegenüber dem Bund deutlich zu machen, was das Ruhrgebiet in den letzten 60 Jahren für diese Republik geleistet habe. Er hielte es für wichtig, die Gespräche mit dem Bund offensiv anzugehen. In Berlin sollte stärker der Gesamtzusammenhang gesehen werden, der sich mit dieser Bewerbung verbinde. Das gehe weit über die Autobahnsperrung hinaus. Bei der Kulturhauptstadt gehe es um viel mehr. Die Jury, die über die Kulturhauptstadt entschieden habe, habe wunderbar beschrieben, was da in Gang kommen könne bei dieser Vision einer Region, die sich unter diesem Strukturwandel völlig neu aufstelle. Da sei der Bund vielleicht doch ein bisschen stärker gefordert als er, Keymis, das im Moment aus Berlin wahrnehme.

Er setze sich ebenfalls entsprechend ein, beispielsweise in der Diskussion mit der Bundestagsfraktion der Grünen. Er würde sich freuen, wenn die anderen Fraktionen dies in Berlin bei ihren Parteikollegen auch täten.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens regt an, diese Diskussion schwerpunktmäßig in der nächsten Sitzung zu führen, in der die RUHR.2010 GmbH die Projekte der Kulturhauptstadt im Ausschuss vorstellen werde.

Manfred Kuhmichel (CDU) äußert, das habe er ebenfalls vorschlagen wollen.

Bezogen auf die HSK-Kommunen sehe er auch dringenden Handlungsbedarf. Auch darüber sollte in der Sitzung Ende Oktober noch einmal in Ruhe gesprochen werden.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens macht die Anmerkung, dass auch die personellen Entwicklungen bei der Philharmonie Essen in diesem Zusammenhang leider nicht gerade förderlich seien.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) erwidert auf den Beitrag von Herrn Keymis: Er lasse diese Liste auch erstellen, um damit auch gegenüber dem Bund die Leistungen des Landes zu demonstrieren. Denn natürlich frage der Bund sofort nach

dem Beitrag des Landes. Inzwischen gebe das Land an so vielen Stellen zusätzliche Zuschüsse, dass das einfach einmal aufgelistet werden müsse.

Projekte wie die Autobahnsperre seien vielleicht im Moment in aller Leute Köpfe, weil sie in der Darstellung möglicherweise eine Zeit lang sehr im Vordergrund gestanden hätten. Im Gesamtbudget wirkten sie sich aber erstaunlich gering aus. Er gehe davon aus, dass viele Projekte der Breitenkultur dabei sein würden und sich die spektakulären Dinge relativ leicht auch mit zusätzlichen Sponsorenmitteln finanzieren ließen. Diesbezüglich mache er sich keine Sorgen.

Es gebe viele Projekte mit Kooperationspartnern, bei denen aber auch die Kooperationspartner dann noch Geld beisteuern müssten. Da erwarte er eher Probleme.

